

Parteitagskomitee (Hrsg.): Von Fehden und Kämpfen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Magdeburgs. Magdeburg 1910

DIE MAGDEBURGER PARTEI-ORGANISATION.

Von FR. HOLZAPFEL, Magdeburg.

Schon im Jahre 1868 war bei den Magdeburger Parteigenossen das Bedürfnis vorhanden, eine feste Organisation zu gründen. Es entstand damals der Soziale Reformverein, an dessen Wiege besonders die Genossen Wilhelm Klees und Julius Bremer standen. Später wurde aus diesem Verein eine Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein hörte auch die Magdeburger Mitgliedschaft auf zu existieren. Während des Sozialistengesetzes war es nicht möglich, in Magdeburg eine feste Organisation zu schaffen. Erst nach seinem Falle, im Anfang der 90er Jahre, wurden sozialdemokratische Vereine gegründet. Die Polizei löste sie aber wegen Inverbindungtretens auf. Im Juli 1891 wurde ein Allgemeiner Arbeiterverein ins Leben gerufen, der sich aber nach vier Jahren wieder auflöste. Die Parteigenossen Magdeburgs kamen nun Jahre hindurch nicht mehr auf den Gedanken, eine feste Organisation zu gründen. Sie behielten mit Rücksicht auf den Magdeburger Polizeigeist ihre lose Organisationsform bei. Erst als das durch den Fürsten Hohenlohe bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs gegebene Versprechen, das Verbindungsverbot für politische Vereine aufzuheben, mit dem Ablauf des alten Jahrhunderts eingelöst wurde, war die Bahn zur Gründung einer festen Organisation geebnet.

Am 14. Juni 1900 wurde in einer öffentlichen Volksversammlung beschlossen, den Sozialdemokratischen Verein zu gründen und ihn am 1. Juli, dem 10jährigen Jubiläumstage der „Volksstimme“, in Tätigkeit treten zu lassen. Damit war der Grundstein zur heutigen Organisation gelegt. Neben dem Sozialdemokratischen Verein bestand die alte, lose Vertrauensmänner-Organisation weiter. Erst nach einer Reihe von Jahren wurde sie ganz aufgehoben und die Erledigung der gesamten Parteigeschäfte ging an den Sozialdemokratischen Verein über.

Wenn man die bei der Reichstagswahl im Jahre 1898 abgegebenen Stimmen in Erwägung zieht, so war die Mitgliederzahl, die der junge Verein am Ende des ersten Geschäftsjahres verzeichnen konnte, eine sehr geringe. Sie betrug nur 1115. Die folgenden Zahlen veranschaulichen die Entwicklung des Vereins bis zum 30. Juni 1910 und

zwar 1902: 1300, 1903: 1289, 1904: 1600, 1905: 1976, 1906: 3762, 1907/08: 4189, 1908/09: 4696, 1910: 5646. Die rapidere Entwicklung des Vereins datiert seit dem Jahre 1905. Schon nach kurzem Bestehen des Vereins wurden Bezirksversammlungen eingeführt und die innere Organisation weiter ausgebaut. Entsprechend der Zahl der Stadtteile wurden 8 Bezirke geschaffen, denen je ein Bezirksführer vorsteht. Die Bezirke sind wiederum entsprechend den Reichstagswahlbezirken in Distrikte eingeteilt, in denen Kassierer die Beiträge von den Mitgliedern einholen. Die Distriktskassierer übernahmen später in ihrem Arbeitsgebiet die Leitung bei Flugblattverbreitungen, Mitgliederwerbung und sonstigen Parteiarbeiten. Mit der Ausbreitung des Vereins wuchs die Arbeit, so daß sich eine Entlastung der Distriktskassierer nötig machte. Es wurde deshalb für jeden Reichstagswahlbezirk noch ein Obmann bestellt, der die Leitung bei der Agitation und bei den Mitglieder- und Abonnentenwerbearbeiten in der Hand hat. Der Obmann soll daneben aber auch mit den Kassierern Hand in Hand arbeiten und sie unterstützen. Es ist weiter seine Aufgabe, Zusammenkünfte innerhalb seines Bezirks zu veranstalten, in denen alle die Partei interessierenden Fragen erörtert werden. Erst im letzten Jahre ist die Reorganisierung vollständig durchgeführt worden und sie verspricht nach dem bisherigen Ergebnis die beste Wirkung, insbesondere bei der kommenden Reichstagswahl.

Bei der Gründung des Vereins wurde der Beitrag auf 20 Pfennig monatlich festgesetzt. Er reichte bei der Mitgliederzahl, die bis zum Jahre 1905 vorhanden war, durchaus nicht aus, um die Ausgaben der Partei zu decken. Sie war vielmehr auf freiwillige Beiträge und sonstige außerordentliche Einnahmen angewiesen. Um diesen Zustand zu beseitigen, wurde gelegentlich der Statutenrevision im Jahre 1904 vom Vorstände beantragt, den monatlichen Beitrag von 20 auf 30 Pfennig zu erhöhen. Die Generalversammlung lehnte jedoch diesen Antrag ab, ebenso einen Vermittlungsantrag auf 25 Pfennig. Erst Anfang des Jahres 1905 konnte sich die Generalversammlung der Notwendigkeit einer Beitragserhöhung nicht mehr verschließen und nahm die Erhöhung von 20 auf 30 Pfennig vor. Die Aufgaben, die die politische Organisation zu erfüllen hat, steigerten sich innerhalb weniger Jahre ganz erheblich. Im August 1907 wurde deshalb beantragt, den Beitrag auf 10 Pfennig pro Woche zu erhöhen. Die Generalversammlung lehnte auch diese Beitragserhöhung ab, indessen nahm der im Oktober desselben Jahres in Magdeburg abgehaltene Bezirkstag den Antrag an, den 10 Pfennig-Beitrag pro Woche einheitlich im ganzen Bezirk einzuführen. Seit dieser Zeit besteht der 10 Pfennig-Beitrag. Wie sich die finanziellen Verhältnisse des Vereins seit seinem Bestehen entwickelt haben, zeigt nebenstehende Aufstellung der Reineinnahmen und -ausgaben.

Gaschäftsjahr	Einnahme Mark	Ausgabe Mark
Vom 1. Juli 1900 bis 30. Juni 1901	6 164.30	4 708.43
Vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902	8 585.11	4 546.07
Vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903 (Einschließlich Reichstags- und Landtagswahl)	12 631.87	9 374.15
Vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904	10 571.68	11 928.89
Vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1905	7 890.64	9 469.65
Vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906	19 854.89	15 642.80
Vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907 (Einschließlich Reichstags- und Landtagswahl)	31 611.33	29 395.74
Vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908	22 357.08	20 343.68
Vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909	25 106.29	24 263.64
Vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910	31 488.86	26 293.28

Im Jahre 1900 hatte sich die junge Organisation zum ersten Male bei den **Stadtvordneten-Wahlen** zu beteiligen. Sie erledigte ihre Aufgabe gut. Auch in den folgenden Jahren hat sie sich durchaus bewährt. Ueber die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Kommune gibt ein anderer Artikel dieses Buches Auskunft.

Die erste Reichstagswahl, bei der die Organisation eingriff, war die Nachwahl im Kreise Wanzleben im Jahre 1900. Der Verein stellte nicht nur arbeitsfreudige Truppen zur Verfügung, sondern sprang mit 1200 Mark Zuschuß den Parteigenossen des Nachbarkreises bei. Im Jahre 1903 wurde der Reichstagswahlkreis Magdeburg erst in der Stichwahl erobert. Besondere Fortschritte hatte die Organisation vor und während des Wahlkampfes nicht gemacht. Nach dem Halbjahresbericht, den der Vorstand am 1. Juli 1903 erstattete, betrug die Zahl der Parteimitglieder 1266. Zur Bestreitung der Wahlunkosten wurden besondere Sammlungen veranstaltet. Im Jahre 1907, bei den Hottentottenwahlen, ging der Wahlkreis Magdeburg leider verloren. Nach dem übereinstimmenden Zeugnis aller Beteiligten war die Organisation des Wahlkampfes bis ins kleinste Detail getroffen worden und funktionierte tadellos. Die Ursache des Mandatsverlustes ist auf den furor teutonicus zurückzuführen. Die kommende Reichstagswahl findet die Magdeburger Partei gerüstet und die Niederlage von 1907 wird wettgemacht werden.

Im Jahre 1903 beteiligten sich die Magdeburger Parteigenossen zum erstenmal an der **Landtagswahl**. Es war ein ganz neues Gebiet, in das sich die Parteigenossen einarbeiten mußten. Trotzdem arbeitete die Organisation sehr gut. Das Ergebnis war, daß die Partei 8215 Stimmen und 153 Wahlmänner erhielt. Die Nationalliberalen brachten es auf 10393 Stimmen und 675 Wahlmänner. Bei den Landtagswahlen im

Jahre 1908 erhielten wir 11 191 Stimmen und 210 Wahlmänner, die Nationalliberalen brachten es auf 11 899 Stimmen und 669 Wahlmänner; sie verloren also 6 Wahlmänner. Das Wahlergebnis wurde mit freudiger Genugtuung entgegengenommen.

Die Landtagswahlen hatten jedem, der es noch nicht wußte, gezeigt, daß das Dreiklassenwahlssystem die stärkste Stütze der preußischen Reaktion ist. Diese Junkerfeste zu Falle zu bringen, ist die nächste Aufgabe der preußischen Sozialdemokratie. Die Magdeburger Arbeiterschaft hat bei den Wahlrechtskämpfen in den ersten Reihen gestanden. Bei den ersten Demonstrationen im Jahre 1906 waren selbst nach Schätzung bürgerlicher Zeitungen etwa 20 000 Arbeiter auf den Beinen, um an einer Riesendemonstrations-Versammlung im „Luisenpark“ teilzunehmen. Für die lebhafteste Propaganda hatte die bürgerliche Presse selbst gesorgt. Sie hatte in langen Artikeln über militärische und polizeiliche Rüstungen berichtet. Lange vor dem 21. Januar waren die Polizeisäbel geschliffen und Revolver an die Schutzleute verteilt worden. Seit dem 20. Januar, nachmittags 5 Uhr, waren vom Militär Doppelposten ausgestellt worden, die Patronentaschen waren mit Kleinkalibrigen gefüllt und die nach Buckau, Sudenburg und Wilhelmstadt führenden Tore militärisch besetzt. Sogar Kanonen waren stellenweis auf den Wällen aufgeführt worden. Der Erfolg war eine Riesenteilnahme der Magdeburger Arbeiterschaft. Nach Beendigung der Versammlung im „Luisenpark“, unserm Parteilokal, fanden die Teilnehmer die Zugänge nach der Stadt gesperrt. Es kam zu unangenehmen Konflikten zwischen Polizei und Publikum. Besonders an der Königstraße, wo vor der Bahnüberführung abgesperrt war, war die Gefahr eines blutigen Zusammenstoßes auf das höchste gestiegen. Nur der Besonnenheit und Energie einiger bekannter Genossen war es zu danken, daß Blutvergießen verhindert wurde.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten fragten in einer Interpellation an, was der Magistrat gegen die Wiederholung solcher polizeilichen Maßnahmen zu tun gedenke. Der Magistrat antwortete darauf gar nichts und die bürgerlichen Stadtverordneten stimmten die Besprechung der Interpellation nieder. Zu einer Debatte, die die bürgerlichen Stadtverordneten verhüten wollten, kam es aber trotzdem, denn unsre Parteigenossen beantragten, die Stadtverordnetenversammlung möge den Magistrat ersuchen, Beschwerde über das Verhalten des Königlichen Polizeipräsidenten am 21. Januar 1906 beim Regierungspräsidenten einzulegen. Aber auch bei dieser Frage leistete sich die Stadtverordnetenmehrheit ein Gewaltstück. Sie ließ unsern Redner zur Begründung des Antrags sprechen und dann hielt der frühere Oberbürgermeister Schneider eine Rede im Reichsverbandsstil und empfahl Uebergang zur Tagesordnung. Da der Plan gut abgekartet war,

ging ein dahin gehender Antrag auch prompt ein. Nachdem zwei Bürgerliche ihre Schmerzen über die böse Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht hatten, wurde die weitere Debatte abgelehnt. Das Bürgertum selbst war über die Polizeitaten am 21. Januar empört. Daß seine Vertreter aber jemals so viel Mut aufbringen, um gegen die polizeilichen Uebergriffe Front zu machen, ist nicht zu erwarten.

Bei den Straßendemonstrationen im Jahre 1908 gelang es der Arbeiterschaft zum ersten Male, den so sorgsam von der Polizei gehüteten Breiten Weg zu einer wirksamen Kundgebung zu benutzen. Trotzdem die Polizei durch ihren Eingriff Ordnung und Verkehr störte, kam trotz mancher beängstigenden Situation kein Zwischenfall vor. Die Polizei konnte sich nur mit dem Erlaß eines einzigen Strafmandats revanchieren. Auch im Januar 1909 fanden wirksame Straßendemonstrationen statt. In einer Versammlung, in der Genosse Molkenbuhr am 24. Januar über die Gewerbeordnungsnovelle sprach, lief die Nachricht ein, daß das 4. Bataillon des Artillerieregiments Nr. 8 kampfbereit stehe. Nach Schluß der Versammlung hatte die Polizei wieder zu ihrem alten Mittel, der Absperrung, gegriffen. Erst nach 2 Uhr rückte die Polizei langsam ab. Die Arbeiterschaft hatte nicht die Absicht, am Tage zu demonstrieren. Erst nachmittags um 5 Uhr sammelten sich Tausende und aber Tausende auf dem Breiten Wege, um für das allgemeine gleiche Wahlrecht zu kämpfen.

Die gewaltigsten und machtvollsten Kundgebungen durch Straßendemonstrationen gelangen der Magdeburger Arbeiterschaft im Winter 1910. Ihren Höhepunkt erreichten sie am Abend des 15. März. Die Arbeiter waren gleich nach Schluß der Betriebe nach dem Breiten Weg gegangen. Die Zahl der Demonstranten betrug mehr als 10 000. Die Polizei verhielt sich passiv. Auch bei mehreren andern, frühern Demonstrationen hatte die Polizei nicht eingegriffen. Die Ordnung wurde in allen diesen Fällen deshalb in keiner Weise gestört.

Die Magdeburger Polizei hat dem Sozialdemokratischen Verein stets ihre liebevolle Aufmerksamkeit gewidmet. Als er am 17. August 1902 ein Stiftungsfest feiern wollte, bezeichnete sie dieses Fest als Versammlung und machte seine Abhaltung wegen der Teilnahme der Frauen unmöglich. Als im Jahre 1905 wieder ein Vergnügen stattfand, konnte es sich die Polizei nicht verkneifen, zum wenigsten den Genossen Lankau mit einem Strafmandat heimzusuchen, weil er in seinem Lokale die Abhaltung eines unangemeldeten öffentlichen Vergnügens geduldet habe. Die Oeffentlichkeit erblickte die Polizei in der großen Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins. Das Gericht konnte sich der kühnen Polizeiansicht nicht anschließen und sprach den Genossen Lankau frei. Im Jahre 1908 sollte ein künstlerisch ausgeführtes Maipflakat an den Anschlagssäulen angebracht

werden. Auf Grund des berühmten alten preußischen Preßgesetzes verbot die Polizei den Anschlag. Die Folge war, daß das Plakat im nächsten Jahre in einer größeren Anzahl von Städten, und zwar unbeanstandet, angeschlagen wurde. Ueber jene Heldentat der Magdeburger Polizei hat aber die ganze Kulturwelt gelacht.

Nach Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes versuchte unsere nimmer ruhende Polizei, die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu einer öffentlichen Versammlung zu stempeln, um sie überwachen zu können. Die Generalversammlung protestierte gegen die Ueberwachung. Eine Deputation wurde sofort beim Polizeipräsidenten Grafen Lambsdorff vorstellig und fragte, ob die Polizeibeamten auf seine Anweisung handelten. Der Polizeipräsident erklärte, daß dies der Fall sei; er denke auch nicht daran, die Ueberwachung zurückzuziehen. Nachdem der Generalversammlung hiervon Kenntnis gegeben worden war, wurde sie geschlossen.

Eine zweite Generalversammlung, die wiederum öffentlich einberufen worden war, verwehrt entgegen den Bestimmungen des Vereinsgesetzes den Beamten, die zur Ueberwachung erschienen waren, den Zutritt. Schon das wäre ein Auflösungsgrund gewesen, aber damit gleichzeitig der Weg zur Beschwerdeführung frei geworden. Aber das schien die Polizei verhindern zu wollen. Eine Auflösung mußte also erzwungen werden. Der Vorstand hatte entsprechende Maßnahmen getroffen. Es trat zunächst ein Genosse auf, der in polnischer Sprache die Handlungen der Polizei kritisierte. Für den Fall, daß der Kommissar sich bei der Ansprache nicht zur Auflösung entschlossen hätte, stand bereits eine Anzahl Genossen mit alten Flinten und alten Säbeln bereit, um als „Bewaffnete“ in der Versammlung zu erscheinen, um sie auf diese Weise zur Auflösung zu bringen. Indessen wurde der Kommissar bereits bei der polnischen Ansprache nervös und verfügte die erstrebte Auflösung.

Für einige Tage später wurde eine Versammlung unterderhand zusammenberufen, und zwar ohne die Anmeldung, die nach polizeilicher Auffassung erforderlich gewesen wäre. Ein Strafmandat erhielt der Vorstand deshalb jedoch nicht; ein Beweis, daß die Polizei von ihrem „Rechte“ nicht überzeugt war. Die Klage beim Oberverwaltungsgericht hatte den Erfolg, daß das Vorgehen der Polizei als unzulässig erklärt wurde. Die Polizei wurde eingehend darüber belehrt, daß Vereinsversammlungen keine öffentlichen Versammlungen seien. Seit diesem Urteil sind unsere Mitgliederversammlungen vom Polizeibesuch verschont geblieben.

Die laufenden Arbeiten des Vereins hatten sich mit den Jahren so gehäuft, daß sie von den leitenden Genossen im Nebenamt nicht mehr bewältigt werden konnten. Im August 1905 wurde deshalb

von einer Generalversammlung der einstimmige Beschluß gefaßt, einen Parteisekretär anzustellen. Eine spätere Generalversammlung wählte einstimmig den Genossen Holzapfel, der das Amt heute noch versieht. Entsprechend dem Jenaer Parteitagsbeschluß wurde von der Magdeburger Organisation auch die Bezirksorganisation angeregt, die am 1. Juli 1906 in Kraft trat.

Unter dem alten Vereinsgesetz suchten sich die Frauen durch einen Bildungsverein für Frauen und Mädchen zu helfen. Als das neue Reichsvereinsgesetz in Kraft trat, beschloß der Verein, in den Sozialdemokratischen Verein überzutreten. Fast alle Mitglieder, etwa 500, traten am 1. Oktober 1908 geschlossen dem Sozialdemokratischen Verein bei. Die Zahl der organisierten Frauen ist seitdem auf 723 gestiegen. Sie halten auch heute noch besondere Bezirksversammlungen ab, in denen aufklärende Referate gehalten und die Frauen besonders interessierende Parteifragen besprochen werden.

Den Bildungsbestrebungen hat der Sozialdemokratische Verein im Sinne der Beschlüsse der Parteitage seine Aufmerksamkeit gewidmet. Ein Bildungsausschuß ist eingesetzt worden und dem Lesebedürfnis wurde durch Ausbau der Bibliothek Rechnung getragen. Die Zahl der entliehenen Bände betrug im Jahre 1908 229 Stück, im Jahre 1909 stieg sie auf 1525. Im Jahre 1909/10 wurden 3003 Bände ausgeliehen. Auch ist der Anfang mit einer Jugendbibliothek gemacht, aus der 508 Bände entliehen wurden. Auch auf diesem Gebiet ist eine erfreuliche Aufwärtsbewegung zu konstatieren.

Die Aufgaben, die die Organisation zu erfüllen hat, wachsen immer mehr. Die Arbeiten steigern sich, so daß die Kräfte der tätigen Parteigenossen oft über das normale Maß in Anspruch genommen werden. Die Erfolge berechtigen aber zu den besten Hoffnungen für die Zukunft. —

